

besser geht. Während in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone auf dem Gebiet große Fortschritte zu verzeichnen sind, kann man das von der Hauptstadt Deutschlands, von Berlin, noch nicht sagen. In der Hauptstadt Deutschlands werden die demokratischen Grundsätze noch nicht angewandt, obwohl die Mehrheit von Sozialdemokraten und Abgeordneten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Möglichkeit hätte, alle demokratischen Forderungen, alle Forderungen, die den Interessen des werktätigen Volkes entsprechen, durchzusetzen.

Worum geht der Kampf in Berlin?

Im gesamtdeutschen Plan haben die demokratischen Kräfte in Berlin — der Hauptstadt Deutschlands — eine besonders große Verantwortung. Die Zukunft Berlins als Hauptstadt hängt davon ab, ob die beiden Arbeiterparteien gemeinsam den Kampf führen und der Demokratie zum Siege verhelfen. Der grundlegende Fehler einiger politischer Führer in Berlin besteht darin, daß sie Berlin sozusagen als eine Enklave den westlichen Besatzungszonen anschließen wollen. Einer der sozialdemokratischen Führer in Berlin erklärte am 11. September auf einer SPD-Kundgebung in Wilmersdorf: „Die Verbindungslinie nach Helmstedt ist die Nabelschnur, die Berlin mit dem westlichen Vaterland verbindet.“ Das heißt: für gewisse Mitglieder der sozialdemokratischen Führung gibt es kein deutsches Vaterland mehr, sondern nur noch ein bizonesisches. In diesem Geiste hat die sozialdemokratische Führung die Zersplitterung Berlins in Gemeindeverwaltungen mit Gemeinderat und Gemeindeamt gefordert. Die Aufsplitterung Berlins in 20 Gemeinden bedeutet doch nichts anderes, als die Sektorenwirtschaft noch durch den Gemeindeparkularismus zu ergänzen.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung der Vertreter der CDU und der Sozialdemokratie sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Mehrheit der Berliner Bevölkerung für eine einheitliche demokratische Ordnung kämpft, damit Berlin selbst die Bedingungen schafft, um seine Rolle als Keihauptstadt ausüben zu können. (Beifall.)

Die bessere Versorgung der Berliner Bevölkerung erfordert eine einheitliche Wirtschaftspolitik. Die Berliner Stadtverwaltung muß sich bewußt sein, daß Berlin nicht ewig die Lebensmittelaufteilungen auf Anweisung der Alliierten Kommandantur erhalten kann. (Sehr wahr!)

Es wird die Zeit kommen, wo die Berliner Stadtverwaltung selbst normale Wirtschaftsbeziehungen mit allen Gebieten herstellen muß. Statt jetzt schon diese Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln, damit die Versorgung der Berliner Bevölkerung verbessert wird, hat der gegen-